

Steffen Detterbeck

Öffentliches Recht

Ein Basislehrbuch zum
Staatsrecht, Verwaltungs-
recht und Europarecht
mit Übungsfällen

Zum Inhalt

Dieses Lehrbuch ist ideal zur Vorbereitung auf Prüfungen im öffentlichen Recht. Es behandelt die Kernbereiche des öffentlichen Rechts:

- Staatsrecht
- Verfassungsprozessrecht
- Allgemeines Verwaltungsrecht
- Staatshaftungsrecht
- Verwaltungsprozessrecht
- Europarecht

In klarer und leicht verständlicher Sprache werden die besonders prüfungsrelevanten Probleme und Fallkonstellationen behandelt. Zahlreiche Hervorhebungen, Fallbeispiele sowie vor allem Übersichten und Prüfschemata bieten eine ideale Lernhilfe. Bei den Übungsfällen mit Musterlösungen handelt es sich um Originalklausuren. Sie vermitteln zugleich die erforderliche Falllösungstechnik.

Das Buch eignet sich sowohl für Anfänger, die sich die zentralen Teilgebiete des öffentlichen Rechts sukzessive erarbeiten wollen, als auch für Fortgeschrittene, denen an einer raschen und konzentrierten Wiederholung und Prüfungsvorbereitung gelegen ist.

Die Neuauflage wurde grundlegend aktualisiert (z. B. Änderung des Art. 21 GG/NPD-Entscheidung des BVerfG, gesetzliche Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe, Verhältnis zwischen Bundesverfassungsgericht und Europäischem Gerichtshof und vieles mehr). Die neue Rechtsprechung und Literatur wurden ausgewertet und eingearbeitet.

Zum Autor

Prof. Dr. Steffen Detterbeck lehrt Staats- und Verwaltungsrecht an der Philipps-Universität Marburg und ist Richter am Hessischen Staatsgerichtshof.

Öffentliches Recht

Ein Basislehrbuch
zum Staatsrecht, Verwaltungsrecht
und Europarecht mit Übungsfällen

von

Prof. Dr. Steffen Detterbeck

11., völlig neubearbeitete und erweiterte Auflage

Verlag Franz Vahlen München

Vorwort

Dieses Buch wendet sich an alle, die sich die zentralen und prüfungsrelevanten Grundlagen des öffentlichen Rechts erarbeiten wollen und den Kauf sowie die Lektüre mehrerer einzelner Bücher in einem Gesamtumfang von etwa 1.500 Seiten oder mehr scheuen. Ziel ist es, dem Leser in klarer und leicht verständlicher Sprache die Grundstrukturen des Verfassungsrechts, des Verfassungsprozessrechts, des allgemeinen Verwaltungsrechts einschließlich des Staatshaftungsrechts, des Verwaltungsprozessrechts und des Europarechts zu vermitteln. Großer Wert wird auf die Darstellung der besonders prüfungsrelevanten Probleme und Fallkonstellationen gelegt. Zahlreiche Hervorhebungen, Fallbeispiele sowie Übersichten und Prüfschemata erleichtern das Erfassen des Stoffes. Die Übungsfälle mit Musterlösungen sind Originalklausuren aus Anfänger- und Fortgeschrittenenübungen sowie der ersten juristischen Prüfung. Sie dienen nicht der Stoffvermittlung. Sie sollen lediglich exemplarisch belegen, welche Fallkonstellationen und Probleme in Prüfungsarbeiten möglich sind und wie sie aufbaumäßig und argumentativ bewältigt werden können. Die Lehrbuchteile decken die Übungsfälle thematisch vollständig ab. Sie können deshalb ohne weitere Hilfen eigenständig gelöst werden.

Das Buch eignet sich sowohl für Anfänger, die sich die oben genannten Teilgebiete des öffentlichen Rechts sukzessive erarbeiten wollen, als auch für Fortgeschrittene, denen an einer raschen und konzentrierten Wiederholung und Prüfungsvorbereitung gelegen ist. Daneben wendet es sich auch an die am öffentlichen Recht besonders interessierten Studenten nichtjuristischer Fachbereiche, die Prüfungen im öffentlichen Recht vorsehen.

Die Neuauflage wurde für eine umfassende Aktualisierung genutzt. Alles wurde gründlich überdacht und überarbeitet. Wichtige neue Rechtsentwicklungen wurden eingearbeitet. Viele prüfungsrelevante Gegenstände wurden vertieft und erweitert. Zahlreiche Fallbeispiele kamen hinzu. Deshalb hat das Buch auch umfangmäßig zugelegt. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die oben genannten Rechtsgebiete auf insgesamt lediglich 650 Seiten präsentiert werden. Die restlichen etwa 110 Textseiten mit den Übungsfällen gehören nicht mehr zum Lehrbuchteil. Im Vergleich zu den etwa 1.500 Seiten, die im Falle der Lektüre entsprechender einzelner Lehrbücher zu bewältigen wären, erscheint dieses Buch als kompakte und überschaubare Gesamtalternative.

Schon aus Platzgründen kann in einem Lehrbuch dieses Zuschnitts nicht allen denkbaren Fallkonstellationen und Sonderproblemen Rechnung getragen werden. Jedoch sollte der Student, der dieses Buch – ggf. nach Maßgabe der stofflichen Vorgaben der Dozenten in den Vorlesungen und Übungen – durcharbeitet, in der Lage sein, nicht nur die gängigen prüfungsrelevanten Fragen zu beantworten, sondern auch für unbekannte Probleme, ausgehend von einem soliden Grundlagenwissen, zumindest akzeptable Lösungen zu entwickeln.

Es wird eine gemäßigte neue Rechtschreibung verwendet. Orthographische Grausamkeiten wie z.B. drei aufeinanderfolgende, von Vokalen eingerahmte gleichlautende Konsonanten werden vermieden.

Meine Sekretärin Frau Petra Kühn hat mein gewiss nicht leicht zu lesendes handschriftliches Manuskript datentechnisch erfasst. Meine studentischen Mitarbeiterinnen Frau Hanna Kehl, Frau Sophia Nispel und Frau Günfer Tonak haben sorgfältig Korrektur gelesen.

Hinweise auf (Flüchtigkeits-)Fehler, Anregungen und vor allem Verbesserungsvorschläge aus dem Leserkreis sind mir wiederum sehr willkommen. Sie erreichen mich unter folgender Adresse: Prof. Dr. Steffen Detterbeck, Institut für Öffentliches Recht, Philipps-Universität Marburg, Universitätsstraße 6, 35032 Marburg oder detterbeck@staff.uni-marburg.de.

Marburg, im Mai 2018

Steffen Detterbeck

Inhaltsübersicht

Rn.

Teil 1: Staatsrecht

Erstes Kapitel: Staatsorganisationsrecht

§ 1	Das Bundesstaatsprinzip	8
§ 2	Das Rechtsstaatsprinzip	13
§ 3	Das Demokratieprinzip	43
§ 4	Das republikanische und sozialstaatliche Prinzip und das Staatsziel Umwelt- und Tierschutz	76
§ 5	Der Bundestag	80
§ 6	Der Bundesrat	113
§ 7	Die Bundesregierung	116
§ 8	Der Bundespräsident	127
§ 9	Gesetzgebung	131
§ 10	Verwaltung	189
§ 11	Rechtsprechung	216

Zweites Kapitel: Grundrechte

§ 12	Begriff und Bedeutung der Grundrechte	249
§ 13	Aufbau einer Grundrechtsprüfung	273
§ 14	Die einzelnen Grundrechte	320
§ 15	Der Schutz der Verfassung	551

Drittes Kapitel: Verfassungsgerichtsbarkeit

§ 16	Allgemeine Bedeutung	555
§ 17	Die Verfahrensarten im einzelnen	559
§ 18	Die Entscheidung des BVerfG	663

Teil 2: Verwaltungsrecht

Erstes Kapitel: Allgemeines Verwaltungsrecht

§ 19	Begriff der Verwaltung und Rechtsquellen des Verwaltungsrechts	670
§ 20	Die Verwaltungsverfahrensgesetze	673
§ 21	Verwaltungsorganisation	675
§ 22	Grundbegriffe des Verwaltungsrechts	680
§ 23	Das Verwaltungshandeln – Handlungsformen	717
§ 24	Privatrechtliches Handeln der Verwaltung	845
§ 25	Subventionsrecht	861

Zweites Kapitel: Verwaltungsprozessrecht

§ 26 Die verwaltungsgerichtlichen Klagearten	897
§ 27 Sonderformen des Rechtsschutzes	965
§ 28 Rechtsmittel und Wiederaufnahme des Verfahrens	1006

Drittes Kapitel: Staatshaftungsrecht

§ 29 Die wichtigsten Haftungsinstitute	1011
--	------

Teil 3: Europarecht

§ 30 Das institutionelle Fundament der EU-Rechtsordnung	1103
§ 31 Die Rechtsquellen und Rechtsakte des EU-Rechts	1124
§ 32 Die Europäischen Grundrechte	1146
§ 33 Die Grundfreiheiten	1152
§ 34 Die Haftung der Europäischen Union	1197
§ 35 Rechtsschutz durch den EuGH.....	1202
§ 36 EU-Recht und nationales Recht	1231

Teil 4: Übungsfälle

	Seite
Fall 1: Das Hundehaltesgesetz	653
Fall 2: Fragwürdige Bundesstatistik	663
Fall 3: Das Baugewerbegesetz	673
Fall 4: Weg mit den Pfunden	683
Fall 5: Ein Bayer in Hessen	695
Fall 6: Der Schokoladenfall	703
Fall 7: Die Subventionsrichtlinie	715
Fall 8: Rückforderung einer EU-rechtswidrigen Subvention	723
Fall 9: Die unmögliche Vertragsrückabwicklung.....	737
Fall 10: Der freie Arzneimittelverkehr in der EU	747

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Verzeichnis der Übersichten und Prüfschemata	XXXV
Hinweise auf Gesetzessammlungen und Literatur	XXXVIII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XLVI
Abkürzungsverzeichnis	XLIX

Rn.

Teil 1: Staatsrecht

Einführung	1
Erstes Kapitel: Staatsorganisationsrecht	7
§ 1 Das Bundesstaatsprinzip	8
§ 2 Das Rechtsstaatsprinzip	13
I. Allgemeine Bedeutung	13
II. Einzelausprägungen des Rechtsstaatsprinzips	15
1. Normenhierarchie	15
a) Geschriebenes Recht	16
aa) Verfassungen	16
bb) Formelle Gesetze	17
cc) Materielle Gesetze	18
aaa) Begriffsklärung	18
bbb) Rechtsverordnungen	19
ccc) Satzungen	20
dd) Verwaltungsvorschriften	22
b) Ungeschriebenes Recht	24
c) Rangordnung der Rechtsquellen	25
– Übersicht 1: Normenpyramide	25
2. Gewaltenteilung	28
3. Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	31
a) Vorrang des Gesetzes	32
b) Vorbehalt des Gesetzes	33
aa) Begriff	33
bb) Abgrenzungen	34
aaa) Grundrechtliche Gesetzesvorbehalte	34
bbb) Wesentlichkeitstheorie	35
ccc) Parlamentsvorbehalt	36
ddd) Bestimmtheitsgrundsatz	37

cc) Reichweite des Vorbehalts des Gesetzes und Regelungsdichte	38
4. Verhältnismäßigkeitsprinzip	39
5. Vertrauensschutz – Rückwirkungsverbote	40
6. Weitere rechtsstaatliche Erfordernisse	41
7. Die Sicherung und Durchsetzung des Rechtsstaatsprinzips	42
– Übersicht 2: Rechtsstaatsprinzip	42
§ 3 Das Demokratieprinzip	43
I. Grundsätze	43
II. Die politischen Parteien	48
1. Allgemeine Bedeutung	48
2. Begriff der Partei	49
3. Rechtlicher Status und Rechte	52
4. Parteienfinanzierung	59
5. Das Parteienprivileg	61
a) Parteiverbot	61
b) Ausschluss von der staatlichen Finanzierung	64
III. Wahlen	65
1. Wahlrechtsgrundsätze	65
2. Die einfachgesetzliche Regelung der Bundestagswahlen	71
§ 4 Das republikanische und sozialstaatliche Prinzip und das Staatsziel	
Umwelt- und Tierschutz	76
I. Das republikanische Prinzip	76
II. Das Sozialstaatsprinzip	77
III. Das Staatsziel Umwelt- und Tierschutz	79
§ 5 Der Bundestag	80
I. Rechtsstellung und Funktionen	80
II. Wahlperiode (Amtsdauer)	88
III. Organisation	92
1. Geschäftsordnung	92
2. Organe, Hilfsorgane und Untergliederungen des Bundestages	94
a) Bundestagspräsident	94
b) Fraktionen und Gruppen im Bundestag	96
c) Ausschüsse	98
3. Die Abgeordneten	103
a) Statusrechte	103
b) Indemnität und Immunität	107
aa) Indemnität	107
bb) Immunität	109
cc) Rechtsnatur und Rechtsschutz	110
c) Rechtfertigung von Eingriffen in die Abgeordnetenrechte	111
4. Die Opposition	112
§ 6 Der Bundesrat	113

§ 7 Die Bundesregierung	116
I. Zusammensetzung und Bildung	116
1. Der Bundeskanzler	117
2. Die Bundesminister	122
II. Aufgabenverteilung	123
1. Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers (Kanzlerprinzip), Art. 65 S. 1 GG	123
2. Ressortprinzip, Art. 65 S. 2 GG	124
3. Kollegialprinzip, Art. 65 S. 3, 4 GG	126
 § 8 Der Bundespräsident	 127
 § 9 Gesetzgebung	 131
I. Gesetzgebungskompetenzen	131
1. Die Grundregel der Art. 30, 70 GG	131
2. Ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes	135
3. Konkurrierende Gesetzgebung	138
4. Grundsatzgesetzgebung	148
5. Ungeschriebene Gesetzgebungskompetenzen des Bundes	151
a) Bundeskompetenz kraft Natur der Sache	152
b) Bundeskompetenz kraft Sachzusammenhangs	153
c) Annexkompetenz des Bundes	154
6. Kompetenzrechtliche Standardprobleme	156
– Übersicht 3: Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern.....	162
– Übersicht 4: Gesetzgebungskompetenzen (Prüfschema)	163
II. Gesetzgebungsverfahren	164
1. Einleitungsverfahren	166
2. Hauptverfahren	167
a) Der Gesetzesbeschluss im Bundestag	167
b) Die Unterscheidung zwischen Einspruchs- und Zustimmungsgesetzen	168
c) Das Zustandekommen von Gesetzen	172
aa) Einspruchsgesetze	173
bb) Zustimmungsgesetze	175
3. Abschlussverfahren	176
– Übersicht 5: Gesetzgebungsverfahren, Art. 76 ff. GG (Prüfschema)	177
4. Sonderproblem: Die Prüfungskompetenz des Bundespräsidenten	178
a) Formelles Prüfungsrecht	180
b) Formelle Prüfungspflicht	181
c) Materielles Prüfungsrecht	182
d) Materielle Prüfungspflicht	185
 § 10 Verwaltung	 189

I. Begriff, Bedeutung und Abgrenzung	189
– Übersicht 6: Staatsgewalten	192
II. Die grundgesetzliche Verteilung der Verwaltungskompetenzen im Bund-Länder-Verhältnis	193
1. Grundsatz	193
2. Die Systematik der Art. 83 ff. GG	195
a) Die Gesetzesakzessorische Verwaltung (Vollzug von Gesetzen) ..	196
aa) Landesgesetze	196
bb) Bundesgesetze	197
aaa) Landeseigener Vollzug	197
bbb) Auftragsverwaltung der Länder	199
ccc) Bundeseigener Vollzug	202
b) Die nicht Gesetzesakzessorische (gesetzesfreie) Verwaltung	206
3. Die prinzipielle Unzulässigkeit von Mischverwaltung	209
III. Die kommunale Selbstverwaltung	210
 § 11 Rechtsprechung	 216
– Übersicht 7: Gerichtsbarkeit	221
 Zweites Kapitel: Grundrechte	 249
 § 12 Begriff und Bedeutung der Grundrechte	 249
I. Grundaussage	249
II. Der Standort der Grundrechte	250
III. Grundrechtsfunktionen	252
1. Multifunktionalität	252
2. Status-Lehre von Georg Jellinek	253
a) Status negativus	253
b) Status positivus	254
c) Status activus	255
3. Grundrechte als objektives Recht	256
4. Grundrechtliche Schutzpflichten des Staates	259
IV. Grundrechtsberechtigte	261
V. Grundrechtsverpflichtete	268
 § 13 Aufbau einer Grundrechtsprüfung	 273
I. Eröffnung des Schutzbereichs	276
1. Sachlicher Schutzbereich	276
2. Personeller Schutzbereich	278
II. Eingriff in den Schutzbereich	282
– Übersicht 8: Grundrechtseingriff	282
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Grundrechtseingriffs	293
1. Existenz einer Grundrechtsschranke	293
2. Formelle Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes	297
3. Materielle Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes	298
a) Spezielle Anforderungen	299

b) Allgemeine Anforderungen	300
aa) Verhältnismäßigkeitsprinzip	300
– Übersicht 9: Verhältnismäßigkeitsprinzip (Prüfschema)	309
bb) Sonstige Anforderungen	310
– Übersicht 10: Grundrechtsmäßigkeit formeller Gesetze (Prüfschema)	318
– Übersicht 11: Grundrechtsmäßigkeit von Maßnahmen der Exekutive und Judikative (Prüfschema)	319
§ 14 Die einzelnen Grundrechte	320
I. Menschenwürde, Art. 1 I GG	321
1. Schutzbereich	321
2. Eingriffe	322
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	323
II. Allgemeine Handlungsfreiheit, Art. 2 I GG	325
1. Schutzbereich	325
2. Eingriffe	325
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	326
4. Verhältnis zu anderen Grundrechten (Konkurrenzen)	328
III. Allgemeines Persönlichkeitsrecht, Art. 2 I i. V. m. Art. 1 I GG	331
1. Schutzbereich	331
2. Eingriffe und verfassungsrechtliche Rechtfertigung	335
IV. Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, Art. 2 II 1 GG	336
1. Schutzbereich	336
a) Recht auf Leben	336
b) Recht auf körperliche Unversehrtheit	337
2. Eingriffe und verfassungsrechtliche Rechtfertigung	338
V. Freiheit der Person, Art. 2 II 2, 104 GG	339
1. Schutzbereich	339
2. Eingriffe	340
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	341
VI. Gleichheitsrechte, Art. 3, 6 V, 33 I-III, 38 I 1 GG	342
1. Der allgemeine Gleichheitssatz des Art. 3 I GG	342
a) Allgemeine Bedeutung	342
b) Prüfungsaufbau	343
– Übersicht 12: Art. 3 I GG (Prüfschema)	353
c) Bedeutung für Exekutive und Judikative	358
d) Besonderheiten	361
2. Spezielle Gleichheitssätze, Art. 3 II, III, 6 V, 33 I-III, 38 I 1 GG	363
a) Verhältnis zu Art. 3 I GG	363
b) Art. 3 II, III GG	364
c) Gleichstellung unehelicher Kinder, Art. 6 V GG	370
d) Art. 33 I-III GG	371
aa) Gleiche staatsbürgerliche Rechte und Pflichten, Art. 33 I GG	371
bb) Gleicher Zugang zum öffentlichen Dienst, Art. 33 II GG	372

cc) Verbot religiöser und weltanschaulicher Diskriminierung, Art. 33 III GG	373
VII. Glaubens-, Gewissensfreiheit und Recht auf Kriegsdienst- verweigerung, Art. 4 GG	374
1. Systematik	374
2. Glaubensfreiheit, Art. 4 I, II GG	375
a) Schutzbereich	375
b) Eingriffe	378
c) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	380
3. Gewissensfreiheit, Art. 4 I GG	381
a) Schutzbereich	381
b) Eingriffe	383
c) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	384
4. Kriegsdienstverweigerungsrecht, Art. 4 III 1 GG	385
VIII. Die Grundrechte des Art. 5 GG	388
1. Meinungsfreiheit, Art. 5 I 1, 1. Alt. GG	389
a) Schutzbereich	389
b) Eingriffe	394
c) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	395
aa) Grundrechtsschranken	395
aaa) Allgemeine Gesetze (erste Schranke des Art. 5 II GG) ...	396
bbb) Gesetzliche Bestimmungen zum Schutze der Jugend (zweite Schranke des Art. 5 II GG)	399
ccc) Recht der persönlichen Ehre (dritte Schranke des Art. 5 II GG)	400
ddd) Weitere, vor allem verfassungsimmanente Schranken ...	401
bb) Zensurverbot, Art. 5 I 3 GG	404
2. Informationsfreiheit, Art. 5 I 1, 2. Alt. GG	405
a) Schutzbereich	405
b) Eingriffe und verfassungsrechtliche Rechtfertigung	406
3. Pressefreiheit, Art. 5 I 2, 1. Var. GG	407
a) Schutzbereich	407
b) Eingriffe und verfassungsrechtliche Rechtfertigung	412
c) Verhältnis zu anderen Grundrechten	413
4. Rundfunkfreiheit, Art. 5 I 2, 2. Var. GG	414
5. Kunstfreiheit, Art. 5 III 1, 1. Alt. GG	418
6. Wissenschaftsfreiheit, Art. 5 III 1, 2. Alt. GG	421
IX. Schutz von Ehe und Familie, Art. 6 GG	423
1. Systematik	423
2. Ehe und Familie, Art. 6 I GG	424
a) Schutzbereich	424
aa) Ehe	424
bb) Familie	426
b) Eingriffe und verfassungsrechtliche Rechtfertigung	427
3. Elternrecht, Art. 6 II, III GG	428
a) Schutzbereich	428

b) Eingriffe und verfassungsrechtliche Rechtfertigung	429
X. Schulwesen, Art. 7 GG	431
1. Staatliche Schulaufsicht, Art. 7 I GG	432
2. Teilnahme am Religionsunterricht, Art. 7 II GG	433
3. Religionsunterricht, Art. 7 III GG	433
4. Privatschulfreiheit, Art. 7 IV, V GG	434
5. Verbot von Vorschulen, Art. 7 VI GG	435
XI. Versammlungsfreiheit, Art. 8 GG	436
1. Schutzbereich	436
2. Eingriffe und verfassungsrechtliche Rechtfertigung	439
XII. Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit, Art. 9 GG	441
1. Vereinigungsfreiheit, Art. 9 I GG	441
a) Schutzbereich	441
b) Eingriffe und verfassungsrechtliche Rechtfertigung	444
2. Koalitionsfreiheit, Art. 9 III GG	446
a) Schutzbereich	446
b) Eingriffe und verfassungsrechtliche Rechtfertigung	450
XIII. Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis, Art. 10 GG	451
1. Schutzbereich	451
a) Systematik	451
b) Briefgeheimnis	452
c) Postgeheimnis	453
d) Fernmeldegeheimnis	454
2. Eingriffe	455
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	456
XIV. Freizügigkeit, Art. 11 GG	457
1. Schutzbereich	457
2. Eingriffe und verfassungsrechtliche Rechtfertigung	459
XV. Berufsfreiheit, Art. 12 I GG	460
1. Schutzbereich	460
a) Übersicht	460
b) Begriff des Berufs	463
c) Art. 12 I 1 GG als Teilhaberecht	465
2. Eingriffe	466
3. Qualifizierung des Eingriffs	469
4. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	475
a) Gesetzliche Ermächtigungsgrundlage	475
b) Formelle Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes	476
c) Materielle Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes	477
– Übersicht 13: Art. 12 I GG (Prüfschema)	485
XVI. Schutz vor Arbeitszwang und Zwangsarbeit, Art. 12 II, III GG	486
XVII. Unverletzlichkeit der Wohnung, Art. 13 GG	487
1. Schutzbereich	487
2. Eingriffe	489
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	490
a) Durchsuchungen, Art. 13 II GG	490

b) Lauschangriffe, Art. 13 III-VI GG	492
c) Sonstige Eingriffe und Beschränkungen, Art. 13 VII GG	493
XVIII. Eigentum und Erbrecht, Art. 14 GG	495
1. Schutzbereich	496
a) Eigentum, Art. 14 I 1 GG	496
aa) Vermögenswerte Rechte jedenfalls des Privatrechts	496
bb) Nutzung, Verfügung und Veräußerung	497
cc) Nicht das Vermögen als solches	498
dd) Keine bloßen Gewinn- und Erwerbschancen	500
ee) Der eingerichtete und ausgeübte Gewerbebetrieb	502
ff) Öffentlich-rechtliche vermögenswerte Rechte	511
gg) Art. 14 I 1 GG als Institutsgarantie	512
b) Erbrecht	513
2. Eingriffe	514
3. Qualifizierung des Eingriffs	515
a) Das Erfordernis und die Schwierigkeit der Abgrenzung von Inhalts- und Schrankenbestimmungen gegenüber Enteignungen ..	515
b) Inhalts- und Schrankenbestimmung, Art. 14 I 2 GG	517
c) Enteignung, Art. 14 III GG	518
d) Konsequenzen und Fallanwendung	521
4. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	525
a) Inhalts- und Schrankenbestimmung	525
aa) Formelle Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes	525
bb) Materielle Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes	526
aaa) Verhältnismäßigkeit	526
bbb) Bestimmtheitsgrundsatz	529
ccc) Sonstiges Verfassungsrecht	530
b) Enteignung	531
aa) Formelle Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes	531
bb) Materielle Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes	531
aaa) Gemeinwohlbindung, Art. 14 III 1 GG	531
bbb) Entschädigungsregelung, Art. 14 III 2, 3 GG	532
ccc) Verhältnismäßigkeit	533
ddd) Bestimmtheitsgrundsatz	533
5. Folge der Verfassungswidrigkeit	534
– Übersicht 14: Art. 14 GG (Prüfschema)	535
6. Sozialisierung, Art. 15 GG	536
a) Allgemeine Bedeutung	536
b) Begriff, Voraussetzungen und Folgen der Sozialisierung	537
XIX. Schutz vor Ausbürgerung und Auslieferung, Asylrecht, Art. 16, 16a GG	541
1. Schutz vor Ausbürgerung und Auslieferung, Art. 16 GG	541
2. Asylrecht, Art. 16a GG	542
a) Drittstaatenregelung, Art. 16a II GG	543
b) Sichere Herkunftsstaaten, Art. 16a III GG	544
c) Weitere Einschränkungen	544

XX. Petitionsrecht, Art. 17 GG	545
XXI. Widerstandsrecht, Art. 20 IV GG	548
XXII. Hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums, Art. 33 V GG ..	549
§ 15 Der Schutz der Verfassung	551
Drittes Kapitel: Verfassungsgerichtsbarkeit	555
§ 16 Allgemeine Bedeutung	555
§ 17 Die Verfahrensarten im einzelnen	559
I. Organstreitverfahren, Art. 93 I Nr. 1 GG, § 13 Nr. 5,	
§§ 63 ff. BVerfGG	561
1. Parteifähigkeit (Antragsteller und Antragsgegner)	562
2. Angriffsgegenstand	566
3. Antragsbefugnis	567
4. Form und Frist	571
5. Rechtsschutzbedürfnis	572
II. Abstrakte Normenkontrolle, Art. 93 I Nr. 2 GG, § 13 Nr. 6,	
§§ 76 ff. BVerfGG	574
1. Antragsteller	575
2. Antragsgegenstand (Kontrollgegenstand)	576
3. Klarstellungsinteresse	577
4. Form und Frist	578
III. Abstrakte Normenkontrolle, Art. 93 I Nr. 2a GG, § 13 Nr. 6a,	
§§ 76 II ff. BVerfGG	580
IV. Bund-Länder-Streit, Art. 93 I Nr. 3 GG, § 13 Nr. 7,	
§§ 68 ff. BVerfGG	582
1. Parteifähigkeit (Antragsteller und Antragsgegner)	583
2. Antragsgegenstand (Angriffsgegenstand)	584
3. Antragsbefugnis	585
4. Vorverfahren	586
5. Form und Frist	586
V. Andere Streitigkeiten gem. Art. 93 I Nr. 4 GG, § 13 Nr. 8,	
§§ 71 f. BVerfGG	587
VI. Verfassungsbeschwerde, Art. 93 I Nr. 4a GG, § 13 Nr. 8a,	
§§ 90 ff. BVerfGG	588
1. Beschwerdefähigkeit (Parteifähigkeit)	589
2. Prozessfähigkeit	596
3. Beschwerdegegenstand	597
4. Beschwerdebefugnis	599
a) Möglichkeit der Grundrechtsverletzung	600
b) Betroffenheit	605
aa) Selbst	606
bb) Gegenwärtig	607
cc) Unmittelbar	609

5. Rechtswegerschöpfung, § 90 II BVerfGG	616
a) Grundsatz	616
b) Ausnahmen	619
6. Grundsatz der allgemeinen Subsidiarität der Verfassungs- beschwerde	620
a) Allgemeine Bedeutung	620
b) Fallanwendung	622
c) Entsprechende Geltung von § 90 II 2 BVerfGG	627
7. Form	633
8. Frist	634
9. Prozessvertretung	635
VII. Kommunale Verfassungsbeschwerde, Art. 93 I Nr. 4b GG, § 13 Nr. 8a, §§ 91 ff. BVerfGG	638
1. Beschwerdefähigkeit	639
2. Beschwerdegegenstand	639
3. Beschwerdebefugnis	640
a) Möglichkeit der Verletzung von Art. 28 II GG	640
b) Betroffenheit	640
4. Rechtswegerschöpfung	641
5. Subsidiarität	641
6. Form, Frist	641
VIII. Konkrete Normenkontrolle, Art. 100 I GG, § 13 Nr. 11, §§ 80 ff. BVerfGG	642
1. Anhängiges Gerichtsverfahren	643
2. Formelles und nachkonstitutionelles Gesetz	644
3. Überzeugung des Gerichts von der Grundgesetzwidrigkeit des Gesetzes (bzw. von der Bundesrechtswidrigkeit eines Landesgesetzes)	646
4. Entscheidungserheblichkeit	647
5. Form	649
IX. Kompetenzfreigabeverfahren, Art. 93 II GG, § 13 Nr. 6b, § 97 BVerfGG	650
X. Nichtanerkennungsbeschwerde, Art. 93 I Nr. 4c GG, § 13 Nr. 3a, §§ 96a ff. BVerfGG	651
XI. Wahlprüfungsbeschwerde	651
1. Beschwerdeberechtigte	653
2. Beschwerdegegenstand	654
3. Vorherige Wahlprüfung durch den Bundestag	654
4. Beschwerdebefugnis	655
5. Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	656
6. Form und Frist	657
XII. Sonstige bundesverfassungsgerichtliche Verfahren	660
– Übersicht 15: Bundesverfassungsgerichtliche Verfahrensarten (Prüfschema)	662
§ 18 Die Entscheidung des BVerfG	663

Teil 2: Verwaltungsrecht

Einführung	668
Erstes Kapitel: Allgemeines Verwaltungsrecht	670
§ 19 Begriff der Verwaltung und Rechtsquellen des Verwaltungsrechts ...	670
I. Begriff der Verwaltung	670
II. Rechtsquellen des Verwaltungsrechts	672
§ 20 Die Verwaltungsverfahrensgesetze	673
§ 21 Verwaltungsorganisation	675
I. Unmittelbare und mittelbare Staatsverwaltung	675
II. Träger der Verwaltung	677
1. Juristische Personen des öffentlichen Rechts	677
a) Körperschaften	678
b) Anstalten	678
c) Stiftungen	678
2. Beliehene	679
a) Begriff	679
b) Abgrenzungen	679
3. Privatrechtlich organisierte Verwaltungsträger	679
§ 22 Grundbegriffe des Verwaltungsrechts	680
I. Wichtige Rechts- und Handlungsgrundsätze	680
1. Grundsatz der Bestimmtheit, Vorhersehbarkeit und Messbarkeit des Verwaltungshandelns	680
2. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	680
3. Willkürverbot	681
4. Grundsatz des Vertrauensschutzes	681
II. Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	682
III. Ermessen, Beurteilungsspielraum und unbestimmter Rechtsbegriff	683
1. Gebundene und nichtgebundene Verwaltung	683
2. Ermessen	684
a) Gesetzliche Einordnung	684
– Übersicht 16: gebundene Verwaltung – Ermessensverwaltung	685
b) Einräumung von Ermessen	686
c) Grenzen des Ermessens	687
aa) Gesetzliche Vorgaben	687
bb) Fallgruppen	689
aaa) Ermessensnichtgebrauch (Ermessensunterschreitung)	689
bbb) Ermessensüberschreitung	690
ccc) Ermessensfehlgebrauch	691

ddd) Verstoß gegen Grundrechte und allgemeine Rechtsgrundsätze	692
eee) Missachtung einer Ermessensreduzierung auf Null	693
d) Intendiertes Ermessen	694
e) Gerichtlicher Rechtsschutz	696
aa) Anfechtungsklage	696
bb) Verpflichtungsklage	697
3. Unbestimmter Rechtsbegriff	698
a) Bedeutung	698
b) Gesetzliche Einordnung	701
c) Unbestimmte Rechtsbegriffe ohne Beurteilungsspielraum	702
d) Unbestimmte Rechtsbegriffe mit Beurteilungsspielraum (Fallgruppen)	704
aa) Prüfungs- und prüfungsähnliche Entscheidungen	704
bb) Beamtenrechtliche Beurteilungen	707
cc) Höchstpersönliche Akte wertender Erkenntnis	708
dd) Prognose- und Risikoentscheidungen, insbesondere im Umwelt- und Wirtschaftsrecht	709
e) Grenzen des Beurteilungsspielraums und gerichtliche Kontrolle – Vergleich mit der Ermessensproblematik	710
4. Überschneidungen	711
5. Anspruch auf ermessens- und beurteilungsfehlerfreie Entscheidung	712
IV. Das subjektive öffentliche Recht	714

§ 23 Das Verwaltungshandeln – Handlungsformen	717
I. Der Verwaltungsakt	718
1. Begriffsbestimmung	719
a) Behörde	720
b) Hoheitliche Maßnahme	721
c) Auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts	723
d) Regelung	724
e) Einzelfall	726
f) Unmittelbare Rechtswirkung nach außen (Außenwirkung)	728
– Übersicht 17: VA-Merkmale des § 35 S. 1 VwVfG	731
2. Die Allgemeinverfügung	732
a) Bedeutung von § 35 S. 2 VwVfG	732
b) Fallgruppen	733
aa) Adressatenbezogene Allgemeinverfügungen, § 35 S. 2, 1. Var. VwVfG	733
bb) Sachbezogene Allgemeinverfügungen, § 35 S. 2, 2. Var. VwVfG	733
cc) Benutzungsregelnde Allgemeinverfügungen, § 35 S. 2., 3. Var. VwVfG	734
3. Rechtliche Existenz und Wirksamkeit von Verwaltungsakten	736
a) Rechtliche Existenz	736
b) Wirksamkeit	737

4. Bestandskraft von Verwaltungsakten	739
5. Bekanntgabe von Verwaltungsakten	741
6. Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen	744
a) Einschlägige Ermächtigungsgrundlage	745
b) Formelle Rechtmäßigkeit	746
aa) Zuständigkeiten	747
aaa) Örtliche Zuständigkeit	747
bbb) Sachliche Zuständigkeit	747
ccc) Instanzielle Zuständigkeit	747
bb) Verfahrensvorschriften	748
cc) Formvorschriften	749
dd) Ordnungsgemäße Bekanntgabe	749
ee) Begründung	750
c) Materielle Rechtmäßigkeit	751
aa) Verfassungsmäßige formell-gesetzliche Ermächtigungsgrundlage	751
bb) Erfordernis einer Ermächtigungsgrundlage	752
aaa) Eingriffsverwaltung	752
bbb) Leistungsverwaltung	752
cc) VA-Befugnis	753
dd) Tatbestandsmäßigkeit des Verwaltungsakts	756
ee) Beachtung von Ermessensgrenzen	756
ff) Übereinstimmung mit sonstigem höherrangigen Recht	756
gg) Verhältnismäßigkeitsprinzip	757
hh) Bestimmtheitsgrundsatz	757
7. Folgen der Rechtswidrigkeit des Verwaltungsakts	758
a) Nichtigkeit	758
b) Anfechtbarkeit	759
c) Unbeachtlichkeit bestimmter Verfahrens- und Formfehler	760
– Übersicht 18: Rechtmäßigkeit eines Verwaltungsakts (Prüfschema)	761
8. Nebenbestimmungen zu Verwaltungsakten	762
a) Bedeutung	762
b) Arten von Nebenbestimmungen	763
aa) Befristung, § 36 II Nr. 1 VwVfG	763
bb) Bedingung, § 36 II Nr. 2 VwVfG	764
cc) Widerrufsvorbehalt, § 36 II Nr. 3 VwVfG	764
dd) Auflage, § 36 II Nr. 4 VwVfG	765
ee) Auflagenvorbehalt, § 36 II Nr. 5 VwVfG	765
c) Unterscheidung zwischen echter und modifizierender Auflage	766
d) Zulässigkeit von Nebenbestimmungen	767
aa) Verwaltungsakte, auf deren Erlass ein Anspruch besteht, § 36 I VwVfG	767
bb) Verwaltungsakte, auf deren Erlass kein Anspruch besteht, § 36 II VwVfG	767
cc) Allgemeingültige Aussagen	768

e) Rechtsschutz gegen Nebenbestimmungen	769
aa) Grundsätzlich Anfechtungsklage	769
bb) Grundsätzlich Verpflichtungsklage	770
9. Aufhebung von Verwaltungsakten, §§ 48-50 VwVfG	771
a) Allgemeines	771
– Übersicht 19: Aufhebung von Verwaltungsakten	773
b) Rücknahme rechtswidriger belastender Verwaltungsakte	775
c) Rücknahme rechtswidriger begünstigender Verwaltungsakte	775
aa) Rücknahmeverbot nach § 48 II VwVfG	776
– Übersicht 20: Rücknahmeverbot gem. § 48 II VwVfG (Prüfschema)	776
bb) Rücknahme rechtswidriger begünstigender Verwaltungs- akte nach § 48 I 1, III VwVfG	777
aaa) Rücknahme nach § 48 I 1 VwVfG	777
bbb) Ausgleichsanspruch nach § 48 III VwVfG	778
cc) Rücknahmefrist des § 48 IV VwVfG	779
d) Widerruf rechtmäßiger belastender Verwaltungsakte	780
e) Widerruf rechtmäßiger begünstigender Verwaltungsakte	781
f) Erstattungspflicht nach § 49a VwVfG	784
g) Rechtsschutz	786
aa) Materiell-rechtliche Ansprüche	786
bb) Anspruchsdurchsetzung	788
cc) Verwaltungsakte mit Dritt- oder Doppelwirkung	790
– Übersicht 21: Subventionsfall	790
10. Wiederaufgreifen des Verfahrens, § 51 VwVfG	797
a) Bedeutung von § 51 VwVfG	797
b) Behördliche Entscheidung und Rechtsschutz	798
– Übersicht 22: Wiederaufgreifen des Verfahrens nach § 51 VwVfG (Prüfschema)	800
II. Öffentlich-rechtlicher Vertrag	801
1. Begriff und Bedeutung	801
2. Begriffsmerkmale	802
a) Vertrag	802
b) Auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts	803
c) Begründung, Änderung oder Aufhebung eines Rechtsverhältnisses	805
3. Vertragsarten	806
a) Subordinationsrechtliche und koordinationsrechtliche Verträge ..	806
b) Vergleichsverträge	807
c) Austauschverträge	808
4. Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen	809
a) Zulässigkeit der Vertragsform	809
b) Formelle Rechtmäßigkeit	810
aa) Zuständigkeiten	810
bb) Zustandekommen	810
cc) Schriftform	811

dd) Zustimmung	811
c) Materielle Rechtmäßigkeit	812
d) Rechtsfolgen der Rechtswidrigkeit	813
aa) Unterscheidung zwischen Rechtswidrigkeit und Nichtigkeit	813
bb) Nichtigkeitsgründe des § 59 II VwVfG	814
cc) Nichtigkeitsgründe des § 59 I VwVfG	815
e) Folgen der Nichtigkeit	817
f) Abwicklung wirksamer Verträge	818
g) Rechtsweg	819
III. Rechtsverordnungen	820
1. Begriff	820
2. Ermächtigungsgrundlage	821
3. Rechtmäßigkeit von Rechtsverordnungen.....	822
4. Rechtsschutz.....	825
IV. Satzungen	827
1. Begriff	827
2. Ermächtigungsgrundlage	828
3. Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen.....	829
4. Rechtswidrigkeit und Rechtsschutz.....	830
V. Verwaltungsvorschriften	831
1. Begriff und Rechtsnatur	831
2. Erscheinungsformen	832
3. Erlass und Rechtmäßigkeit von Verwaltungsvorschriften	834
4. Rechtswirkungen und Rechtsschutz.....	835
a) Der Grundsatz der fehlenden unmittelbaren Außenwirkung	835
b) Mittelbare Außenwirkung von ermessenslenkenden Verwaltungsvorschriften aus Art. 3 I GG	836
c) Unmittelbare Außenwirkung gesetzeskonkretisierender Verwaltungsvorschriften im Umweltrecht?	839
VI. Realakte	841
1. Begriff und Abgrenzungen	841
2. Rechtmäßigkeit	843
VII. Pläne	844
§ 24 Privatrechtliches Handeln der Verwaltung	845
I. Kategorien privatrechtlichen Handelns der Verwaltung.....	845
II. Rechtsschutz vor staatlicher Konkurrenz.....	852
III. Rechtswegfragen.....	857
1. Die staatliche Wirtschaftstätigkeit als solche.....	857
2. Die Vergabe öffentlicher Aufträge	858
§ 25 Subventionsrecht	861
I. Bedeutung und Begriff der Subvention	861
II. Rechtsgrundlage der Subventionsvergabe	862
– Übersicht 23: Vorbehalt des Gesetzes und Subventionsvergabe	867
III. Die Subventionsvergabe (Zweistufentheorie)	868

– Übersicht 24: Subventionen in Form von verlorenen Zuschüssen	870
– Übersicht 25: Zweistufentheorie im Subventionsrecht	872
IV. Die Rechtsstellung nichtsubventionierter Konkurrenten	874
1. Klage auf Subventionsgewährung (positive Konkurrentenklage)	874
2. Klage gegen die Subventionsgewährung (negative Konkurrentenklage)	877
V. Rückforderung von Subventionen	884
VI. EU-rechtliche Besonderheiten	886
1. Rückforderung EU-rechtswidriger Subventionen.....	886
2. Missachtung des Durchführungsverbots (Art. 108 III 3 AEUV).....	891
Zweites Kapitel: Verwaltungsprozessrecht	894
Einführung	894
§ 26 Die verwaltungsgerichtlichen Klagearten	897
I. Allgemeine (gemeinsame) Zulässigkeitsvoraussetzungen	897
1. Zulässigkeit des Verwaltungsrechtsweges	897
a) Aufdrängende Sonderzuweisungen	898
b) Die allgemeine Rechtswegbestimmung des § 40 I VwGO	899
aa) Öffentlich-rechtliche Streitigkeit	900
bb) Nichtverfassungsrechtliche Streitigkeit	911
cc) Keine anderweitige gesetzliche Zuweisung	913
2. Gerichtszuständigkeiten	915
a) Sachliche Zuständigkeit	915
b) Örtliche Zuständigkeit	915
3. Richtiger Beklagter	916
4. Beteiligungsfähigkeit	918
5. Prozessfähigkeit und Prozessvertretung	921
6. Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	923
II. Die Anfechtungsklage	924
1. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen	924
a) Statthaftigkeit	924
b) Klagebefugnis	925
c) Vorverfahren	927
d) Klagefrist	932
2. Begründetheit	933
III. Verpflichtungsklage	934
1. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen	934
a) Statthaftigkeit	934
b) Klagebefugnis	935
c) Vorverfahren	937
d) Klagefrist	938
2. Begründetheit	939
IV. Allgemeine Leistungsklage	941
1. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen	941

a) Statthaftigkeit	941
b) Klagebefugnis	943
c) Sonstige Zulässigkeitsvoraussetzungen	943
2. Begründetheit	944
V. Feststellungsklage	945
1. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen	945
a) Statthaftigkeit	945
b) Subsidiarität	949
c) Feststellungsinteresse	952
d) Sonstige Zulässigkeitsvoraussetzungen	953
2. Begründetheit	954
VI. Normenkontrolle	955
1. Allgemeines	955
2. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen	957
a) Statthaftigkeit	957
b) Antragsgegner	960
c) Beteiligtenfähigkeit, Prozessfähigkeit und Prozessvertretung	960
d) Antragsbefugnis	961
e) Frist	962
3. Begründetheit	963
– Übersicht 26: Aufbau einer verwaltungsgerichtlichen Klage (Prüfschema)	964
§ 27 Sonderformen des Rechtsschutzes	965
I. Die Fortsetzungsfeststellungsklage	965
1. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen	965
a) Statthaftigkeit	965
b) Klagebefugnis	967
c) Feststellungsinteresse	968
aa) Wiederholungsgefahr	968
bb) Rehabilitationsinteresse	969
cc) Vorbereitung einer Amtshaftungs- oder Entschädigungsklage	970
dd) Verwaltungsakte, die sich typischerweise kurzfristig erledigen	971
ee) Tiefgreifende Grundrechtseingriffe?	971
d) Vorverfahren	971
e) Klagefrist	972
2. Begründetheit	972
– Übersicht 27: Fortsetzungsfeststellungsklage (Prüfschema)	973
II. Klage sui generis	973
III. Normerlassklage	974
IV. Vorbeugender Rechtsschutz	978
1. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen	978
a) Statthaftigkeit	978
b) Klagebefugnis	982

c) Besonderes Rechtsschutzbedürfnis	984
2. Begründetheit	985
V. Verwaltungsgerichtliche Organklagen	986
1. Begriff und Bedeutung	986
2. Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges	987
3. Klageart	990
4. Klagebefugnis.....	994
5. Richtiger Beklagter (passive Prozessführungsbefugnis)	996
6. Beteiligten und Prozessfähigkeit	997
– Übersicht 28: Verwaltungsgerichtliche Organklagen (Prüfschema)	998
VI. Vorläufiger Rechtsschutz	999
1. Vorläufiger Rechtsschutz gegen Verwaltungsakte	1000
– Übersicht 29: Antrag auf gerichtliche Anordnung oder Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung nach §§ 80 V 1, 80a III 2 VwGO (Prüfschema)	1002
2. Die einstweilige Anordnung	1003
a) § 123 VwGO	1003
– Übersicht 30: Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung nach § 123 VwGO (Prüfschema)	1004
b) § 47 VI VwGO	1005
§ 28 Rechtsmittel und Wiederaufnahme des Verfahrens	1006
Drittes Kapitel: Staatshaftungsrecht	1010
Einführung	1010
§ 29 Die wichtigsten Haftungsinstitute	1011
I. Amtshaftungsanspruch, § 839 BGB, Art. 34 GG	1011
1. Handeln (Unterlassen) in Ausübung eines öffentlichen Amtes	1012
2. Verletzung einer drittrichteten Amtspflicht	1015
a) Amtspflicht	1015
b) Drittrichtung der Amtspflicht	1016
c) Verstoß gegen die Amtspflicht	1018
3. Verschulden	1019
4. Schaden	1019
5. Kausalität	1019
6. Kein Haftungsausschluss	1020
a) Subsidiaritätsklausel (Verweisungsprivileg) des § 839 I 2 BGB	1020
b) Spruchrichterprivileg des § 839 II 1 BGB	1021
c) Nichtergreifen von Rechtsbehelfen, § 839 III BGB	1021
7. Art und Umfang des Schadensersatzes	1022
8. Verjährung	1023
9. Der haftende Hoheitsträger	1023
10. Rechtsweg	1023

– Übersicht 31: Amtshaftung, § 839 BGB i.V.m. Art. 34 GG (Prüfschema)	1024
II. Entschädigung für Eigentumseingriffe	1025
1. Anspruch auf Enteignungsentschädigung	1026
a) Öffentlich-rechtliches Handeln	1028
b) Eigentumseingriff	1028
c) Hoheitlicher Rechtsakt mit Enteignungscharakter	1029
d) Gemeinwohlinteresse	1030
e) Gesetzliche Entschädigungsregelung	1030
f) Rechtmäßigkeit des Eigentumseingriffs im übrigen	1031
g) Art und Umfang der Entschädigung	1032
h) Verjährung	1033
i) Anspruchsgegner	1033
j) Rechtsweg	1033
2. Anspruch aus enteignungsgleichem Eingriff	1034
a) Begriff und Rechtsgrundlage	1034
b) Öffentlich-rechtliches Handeln	1035
c) Eigentumseingriff	1036
d) Unmittelbarkeit des Eingriffs und der Eingriffsfolgen	1037
e) Rechtswidrigkeit	1038
f) Sonderopfer	1039
g) Gemeinwohlbezug	1039
h) Ausschluss für legislatives Unrecht	1040
i) Rechtsgedanke des § 254 BGB	1042
aa) Vorrang des Primärrechtsschutzes	1042
bb) Sonstiges Mitverschulden	1043
j) Art und Umfang der Entschädigung	1044
k) Verjährung	1044
l) Anspruchsgegner	1044
m) Rechtsweg	1044
3. Anspruch aus enteignendem Eingriff	1045
a) Begriff und Rechtsgrundlage	1045
b) Öffentlich-rechtliches Handeln, Eigentumseingriff, Unmittelbarkeit	1046
c) Rechtmäßigkeit des öffentlich-rechtlichen Handelns	1047
d) Sonderopfer	1047
e) Ausschluss für legislative Folgen	1048
f) Rechtsgedanke des § 254 BGB	1049
g) Sonstige Anspruchsvoraussetzungen und Rechtsfolgen	1049
4. Anspruch aufgrund ausgleichspflichtiger Inhalts- und Schrankenbestimmung	1050
– Übersicht 32: Entschädigungsansprüche für Eigentumseingriffe (Prüfschema)	1051
III. Aufopferungsansprüche	1052
IV. Folgenbeseitigungsanspruch	1054
1. Begriff und Differenzierung	1054

2. Rechtsgrundlage	1055
3. Tatbestandsvoraussetzungen und Rechtsfolgen	1056
a) Öffentlich-rechtliches Handeln	1056
b) Rechtseingriff	1056
c) Unmittelbarkeit der Folgen	1057
d) Rechtswidrigkeit der Folgen	1058
e) Rechtsgrundlosigkeit der Folgen	1059
f) Möglichkeit der Folgenbeseitigung	1061
g) Zumutbarkeit der Folgenbeseitigung	1062
h) Rechtsgedanke des § 254 BGB	1063
i) Prinzipieller Ausschluss von Folgenentschädigung	1064
j) Legislatives Unrecht	1065
k) Verjährung	1066
l) Anspruchsgegner	1066
4. Prozessuale Durchsetzung	1067
– Übersicht 34: Folgenbeseitigungsanspruch (Prüfschema)	1070
V. Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch	1071
1. Begriff	1071
2. Rechtsgrundlage	1072
3. Tatbestandsvoraussetzungen und Rechtsfolgen	1073
a) Vermögensverschiebung	1073
b) Öffentlich-rechtliche Rechtsbeziehung	1074
c) Ohne Rechtsgrund	1075
d) Erstattungsumfang	1075
e) Kein Ausschluss des öffentlich-rechtlichen Erstattungsanspruchs	1076
4. Verjährung	1079
5. Prozessuale Durchsetzung	1080
– Übersicht 34: Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch (Prüfschema)	1082
VI. Schadensersatzansprüche aus öffentlich-rechtlichen Schuldverhältnissen	1083
VII. Polizei- und ordnungsrechtlicher Ausgleichsanspruch	1086
1. Anwendungsbereich	1086
2. Die Unterscheidung zwischen rechtmäßigem und rechtswidrigem Handeln.....	1087
3. Das Kriterium der Unmittelbarkeit der Folgen.....	1090
4. Das Kriterium der Zielrichtung behördlichen Handelns.....	1091
5. Anscheins-, Verdachtsstörer und unbeteiligter Dritter	1092
a) Anscheins- und Verdachtsstörer.....	1092
b) Unbeteiligte Dritte.....	1094
6. Konkurrenzen	1096
– Übersicht 35: Polizei- und ordnungsrechtliche Schadensaus- gleichsansprüche gem. §§ 64 ff. HSOG (Prüfschema).....	1096
VIII. EU-rechtlicher Staatshaftungsanspruch	1097
1. Ausgangssituation	1097

2. Begriff und Rechtsgrundlage	1099
3. Anspruchsstruktur	1100
4. Tatbestandsvoraussetzungen und Anspruchsaufbau	1101
– Übersicht 36: EU-rechtlicher Staatshaftungsanspruch (Prüfschema)	1101

Teil 3: Europarecht

Einführung	1102
§ 30 Das institutionelle Fundament der EU-Rechtsordnung	1103
I. Die Europäische Union	1103
II. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik einschließlich Ver- teidigungspolitik	1104
III. Die Europäische Atomgemeinschaft.....	1105
– Übersicht 37: EU, EAG und GASP	1106
IV. Die Organe und weitere Institutionen der EU	1107
1. Die EU-Organe	1107
a) Das Europäische Parlament, Art. 13, 14 EUV, Art. 223 ff. AEUV	1107
b) Der Europäische Rat, Art. 13, 15 EUV, Art. 235 f. AEUV	1108
c) Der Rat, Art. 13, 16 EUV, Art. 237 ff. AEUV.....	1110
d) Die Kommission, Art. 13, 17 EUV, Art. 244 ff. AEUV	1112
e) Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH), Art. 13, 19 EUV, Art. 251 ff. AEUV	1113
f) Die Europäische Zentralbank (EZB), Art. 13 EUV, Art. 282 ff. AEUV.....	1114
g) Der Rechnungshof, Art. 13 EUV, Art. 285 ff. AEUV	1114
2. Weitere Institutionen der EU.....	1115
a) Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheits- politik, Art. 18, 27 EUV	1116
b) Die Europäische Investitionsbank (EIB), Art. 308 f. AEUV	1116
– Übersicht 38: Die Organe und weitere Institutionen der EU.....	1117
c) Ausschüsse, Art. 13 IV EUV, Art. 300 ff. AEUV	1117
V. EU-Beitritt, EU-Austritt und EU-Ausschluss	1118
1. Beitritt.....	1118
2. Austritt und Ausschluss	1123
§ 31 Die Rechtsquellen und Rechtsakte des EU-Rechts	1124
I. Primäres EU-Recht	1124
1. Die Gründungsverträge	1124
2. Die Grundrechte der EU.....	1124
3. Die gewohnheitsrechtlichen Rechtssätze und (ungeschriebenen) allgemeinen Rechtsgrundsätze des EU-Rechts	1124
4. Rechtswirkung	1124

II. Sekundäres EU-Recht	1125
1. Verordnungen, Art. 288 II AEUV	1125
2. Richtlinien, Art. 288 III AEUV	1126
3. Beschlüsse, Art. 288 IV AEUV	1131
4. Empfehlungen und Stellungnahmen, Art. 288 V AEUV	1131
– Übersicht 39: Sekundäres EU-Recht, Art. 288 AEUV	1132
III. EU-rechtsinterne Rangordnung	1133
IV. Das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung	1134
V. Verteilung der Kompetenz im Verhältnis zwischen EU und Mitglied- staaten im einzelnen	1136
1. Grundregel.....	1136
2. Ausschließliche Rechtsetzungskompetenz der EU.....	1137
3. Geteilte (konkurrierende) Rechtsetzungskompetenz der EU	1138
4. Koordinierungs- und Unterstützungskompetenz (Rahmenkompetenz) der EU.....	1140
5. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	1140
VI. Rechtsetzungsverfahren.....	1141
– Übersicht 40: Rechtsetzungsverfahren.....	1142
VII. Ausweitung der Kompetenzen der EU	1143
VIII. Rechtmäßigkeit des EU-Rechts	1145
§ 32 Die Europäischen Grundrechte	1146
I. Standort	1146
II. Ausformungen des Rechtsstaatsprinzips	1149
III. Grundrechtsberechtigte und Grundrechtsverpflichtete	1150
§ 33 Die Grundfreiheiten	1152
I. Standort	1152
II. Die Grundfreiheiten im Überblick	1154
1. Diskriminierungsverbot, Art. 18 AEUV	1154
a) Schutzbereich	1154
b) Rechtfertigung von Ungleichbehandlungen	1156
2. Freizügigkeit, Art. 21 AEUV	1157
3. Wahlrecht, Art. 22 AEUV	1157
4. Freiheit des Warenverkehrs, Art. 28-37 AEUV	1158
a) Allgemeine Bedeutung	1158
b) Zollunion	1159
c) Verbot mengenmäßiger Ein- und Ausfuhrbeschränkungen	1161
aa) Eröffnung des Schutzbereichs	1161
aaa) Personeller Schutzbereich.....	1161
bbb) Sachlicher Schutzbereich	1162
bb) Eingriff in den Schutzbereich	1165
cc) Eingriffsrechtfertigung	1170
aaa) Cassis-Formel	1170
bbb) Art. 36 AEUV	1172

– Übersicht 41: Freiheit des Warenverkehrs, Art. 28 ff. AEUV (Prüfschema)	1175
d) Umformung staatlicher Handelsmonopole, Art. 37 AEUV	1176
5. Freizügigkeit der Arbeitnehmer, Art. 45-48 AEUV	1177
a) Eröffnung des Schutzbereichs	1177
b) Eingriff in den Schutzbereich	1180
c) Eingriffsrechtfertigung	1182
6. Niederlassungsfreiheit, Art. 49-55 AEUV	1183
a) Schutzbereich	1183
b) Eingriff in den Schutzbereich	1185
c) Eingriffsrechtfertigung	1187
7. Dienstleistungsfreiheit, Art. 56-62 AEUV	1188
a) Schutzbereich	1188
b) Eingriff in den Schutzbereich	1191
c) Eingriffsrechtfertigung	1192
8. Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs, Art. 63-66 AEUV	1193
a) Schutzbereich	1193
b) Eingriffsrechtfertigung	1194
III. Grundfreiheitsberechtigte und Grundfreiheitsverpflichtete	1195
§ 34 Die Haftung der Europäischen Union	1197
I. Vertragliche Haftung der EU, Art. 340 I AEUV	1197
II. Außervertragliche Haftung der EU, Art. 340 II AEUV	1198
1. Organe und Bedienstete der EU	1198
2. In Ausübung einer Amtstätigkeit	1198
3. Rechtswidrigkeit	1199
a) Schutznormverletzung	1199
b) Hinreichend qualifizierter Rechtsverstoß	1199
4. Schaden	1200
5. Kausalität	1200
6. Art und Umfang des Schadensersatzes	1200
7. Anspruchsberechtigte und Anspruchsverpflichtete	1200
8. Verjährung	1201
9. Vorrang des Primärrechtsschutzes	1201
10. Prozessuale Geltendmachung	1201
§ 35 Rechtsschutz durch den EuGH	1202
I. Allgemeines	1202
II. Vertragsverletzungsverfahren, Art. 258 f. AEUV	1203
1. Zulässigkeit	1203
a) Parteifähigkeit	1203
b) Vorverfahren	1204
2. Begründetheit	1204
III. Nichtigkeitsklage, Art. 263 AEUV	1205
1. Zulässigkeit	1205
a) Parteifähigkeit	1205